

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

Vorschläge der Arbeitsgruppen und Stellungnahme der Verwaltung zum weiteren Verfahren

AG 1 Offene Altenhilfe Ziele:	Maßnahmen:	Stellungnahme der Verwaltung	Politik u. Gesell- schaft	komm- Ebene	I	m	k
Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit, um Bewusstsein für das Thema „Alter“ zu schaffen (Foren).	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Diskussionen zu aktuellen Themen, z. B. mit FH, TU, Krankenkassen, Gewerkschaften, Altenpflegeschulen, Bildungsträgern, ... • Anregung einer Seniorensseite bei der BZ • Vollständige, zielgruppenorientierte und stadtteilübergreifende Darstellung der Bildungs- und Freizeitangebote für SeniorInnen in Form einer Broschüre • Bekanntmachung von intergenerativen und interkulturellen Angeboten 	Das Anliegen wird vom Sb weiter verfolgt, ist zum Teil schon gängige Praxis.	alle	x			ab 2006
Schaffung von stadtteilbezogenen, intergenerativen, multikulturellen und integrativen Begegnungs- und Aktivitätszentren, die mit funktionalen Räumen ausgestattet sind sowie Beratungs- und Informationsmöglichkeiten einschließen.	<ul style="list-style-type: none"> • Initiierung einer innerstädtischen AG (Bereiche Soziales, Jugend, Schule, Kultur, Stadtentwicklung) • Einbindung von Verbänden, Kirchen etc. 	Die Verwaltung erstellt eine Stadtteilbestandsaufnahme. Es werden darauf basierend konkrete generationsübergreifende Ansätze entwickelt, die Vorhandenes nutzen und weiterentwickeln. Das Konzept der Begegnungsstätten wird in diesem Sinne weiterentwickelt.	Verbände, Kirchen	x		bis 2010	
Schaffung von stadtteilnahen und gesamtstädtischen Netzwerken	<ul style="list-style-type: none"> • Anstoß durch Seniorenbüro • Bedarf/Interesse in den Stadtteilen ermitteln • Herstellen von Kontakten zwischen Einrichtungen, Institutionen etc., ausgehend von den Begegnungszentren • Förderung der Zusammenarbeit durch regelmäßige Treffen • Begleitung und Beratung durch Seniorenbüro in der Anfangsphase 	Die Funktion der Vernetzung wird stadtteilbezogen in den Aktivitätszentren angesiedelt.	alle	Seniorenbüro	bis 2015		
Bereitstellung von Mitteln durch die Kommune zur finanziellen Absicherung von Treffens-Orten und entwicklungsorientierten Angeboten.	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung des Finanzbedarfs • Überarbeitung bzw. Anpassung der „Anerkennungs- und Zuwendungsrichtlinien für Seniorengruppen“ 	Entsprechende Mittel werden im Einzelfall in die jährliche Haushaltsplanung eingebracht	Politik	x			ab 2008

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

Bürgerbeteiligung bei Projektplanung	Einrichtung der Stelle einer Seniorenbeauftragten bei der Stadtverwaltung	Die gewünschte Funktion wird vor allem durch den Seniorenrat wahrgenommen. Die Vertretung durch eine Einzelperson wird nicht vorgeschlagen.		x			ab 2006
Zentrale, innerstädtische Lage des Seniorenbüros (z. B. Kohlmarkt) mit Räumen für Initiativen, die großen öffentlichkeitswirksamen Charakter haben und Dienstleistungen sind.	<ul style="list-style-type: none"> Gebäude suchen und mieten oder kaufen Umzug organisieren Einbezug der Initiativen in den Planungsprozess 	Eine möglichst zentrale Ansiedlung des Seniorenbüros soll in der Raumplanung des Fachbereichs 50 berücksichtigt werden. Das Konzept muss sich an den räumlichen Möglichkeiten orientieren.		x		bis 2010	
Weiterentwicklung und Bereitstellung eines vielfältigen Bildungsangebotes zur Stärkung der Autonomie (Verwirklichung des Konzepts des „Lebenslangen Lernens“).	<ul style="list-style-type: none"> Bedarfsermittlung durch AG Seniorenbildungsträger Vollständige, zielgruppenorientierte und stadtteilübergreifende Darstellung der Bildungs- und Freizeitangebote für SeniorInnen in Form einer Broschüre Angebote zum Thema „Vorbereitung auf den Ruhestand“ 	Das Anliegen wird durch das Sb weiter verfolgt.	AG Seniorenbildungsträger	x	Zeitlich unbefristet		
Sicherung der Mobilität von SeniorInnen.	<ul style="list-style-type: none"> Organisation von gegebenenfalls kostenlosen Fahrdiensten für immobile SeniorInnen Verbesserung des ÖPNV (Fahrpläne, Haltestellen, ...) Gewährleistung des Transfers zwischen nächster Haltestelle und Wohnstätte und in Stadtrandgebieten während der Verkehrszeiten des ÖPNV durch Alternativen, z. B. Ruftaxen Zuverlässigkeit des ÖPNV, insbesondere in Bezug auf Einsatz von behindertenfreundlichen Wagen Evtl. Erweiterung des ASB-Fahrdienstes Motivation von Reiseveranstaltern und der Verkehrs AG zur Anschaffung rollstuhlgerechter Busse 	Die Anregungen werden im Einzelfall überprüft und über das Seniorenbüro weiter verfolgt. Die Anregungen bezüglich ÖPNV sollen im Rahmen der Stadtteilbestandsaufnahme berücksichtigt und an die Verkehrs AG weitergeleitet werden.	Verbände, Seniorengruppen, Verkehrs AG	Kommune verhandelt			ab sofort
Barrierefreie Gestaltung des öffentlich zugänglichen Raumes.	<ul style="list-style-type: none"> Feststellung von Defiziten und Barrieren durch AG von Seniorenbüro, Seniorenrat und interessierten Bürgern, z. B.: <ul style="list-style-type: none"> Fußgängerfreundliche Veränderung der Ampelschaltung Verbesserung der Lesbarkeit der Beschilderung Barrierefreier Zugang zu öffentlichen Sanitäranlagen 	Die Anregungen werden mit den bereits vorliegenden Erkenntnissen abgeglichen. Sie sind im Einzelfall weiterzuverfolgen in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat der Stadt Braunschweig und dem Seniorenrat.		x		bis 2010	

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

Barrierefreiheit von nicht-öffentlichen Räumen wie Arztpraxen und Einzelhandel	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichkeitsarbeit 	Die Gestaltung nichtöffentlicher Räume unterliegt nicht dem kommunalen Einfluss. Das Anliegen soll über Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden.	Politik	x			ab sofort
Verbesserung der gegenseitigen Rücksichtnahme von Verkehrsteilnehmern, besonders bei Radwegen auf Bürgersteigen	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichkeitsarbeit 	wie oben		Kommune			ab sofort
Durchführung von Maßnahmen gegen die zunehmende Technisierung und Schließung von Filialen der Geldinstitute	<ul style="list-style-type: none"> • Mobilisierung der Öffentlichkeit 	Ein sensibles Umgehen mit den Bedürfnissen der Senioren soll durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Ein direkter kommunaler Einfluss besteht nicht.	Politik	Kommune			ab sofort
Jährliche Informationsveranstaltungen für alle Seniorengruppen	<ul style="list-style-type: none"> • Planung und Organisation der Veranstaltung (z. B. TOP Berichte aus den Seniorengruppen zur Förderung des Austauschs): durch Seniorenring oder durch eine zusätzliche Veranstaltung? 	Es wird geprüft, ob die Seniorenring-Veranstaltungen oder der Tag der Senioren entsprechend genutzt werden können.	Seniorenrat	Seniorenbür o			ab 2006
Sicherstellung der professionellen Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Hauptamtliche, z. B. professionelle Unterstützung von selbst verwalteten und selbst verantworteten Angeboten der Seniorengruppen und -initiativen.	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von qualifiziertem Personal bei Kommune und Verbänden entsprechend den Erfordernissen der demographischen Entwicklung 	Die Aufgaben werden bereits wahrgenommen. Eine Weiterentwicklung entsprechend der demografischen Erfordernisse ist zu gegebener Zeit zu prüfen.	Verbände	x		bis 2015	
Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen, die den Anforderungen der Gruppenarbeit mit SeniorInnen entsprechen, als kontinuierlicher Prozess.	<ul style="list-style-type: none"> • Feststellung des Bedarfs aller Qualifizierungsmaßnahmen (was? wie oft?) • Kooperation mit Bildungsträgern • Veröffentlichung der angebotenen Maßnahmen (Presse, Aushänge, Seniorenbildung) • Auswertung und Erfolgskontrolle 	wie oben	Wohlfahrt	x			ab sofort

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

<p>Gewinnung von Verantwortlichen für Seniorengruppen. Es sollen bis 2010 mindestens drei Gruppenverantwortliche pro Gruppe, agierend als Team, vorhanden sein.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation von Seniorenbüro, Freiwilligen-Agenturen, Verbänden, Seniorenrat usw. • Erstellung einer zentralen Liste • Pressegespräch zweimal im Jahr • Regelmäßige Zeitungsaufrufe ¼-jährlich (z. B. BZ, nB, Braunschweig Report, Stadtteilzeitungen) 	<p>Die Anforderungen sind zum Teil bereits erfüllt. Die Aufgaben fallen in das Spektrum des Seniorenbüros.</p>	<p>Seniorenring</p>	<p>Koordination durch Seniorenbüro</p>		
<p>Erweiterung der Referentenliste des Seniorenbüros um Themen, die zur Steigerung der Lebensqualität von SeniorInnen beitragen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsermittlung (welche Themen?) • Suche von Referenten durch Öffentlichkeitsarbeit 	<p>Aufgaben werden vom Seniorenbüro wahrgenommen.</p>	<p>freie Träger</p>	<p>x</p>		<p>ab sofort</p>

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

AG 2 Prävention Ziele:	Maßnahmen:	Stellungnahme der Verwaltung	Politik u. Gesell- schaft	komm.- Ebene	Bürger	l	m	k
<p>Soziale Sicherung</p> <p>Unterstützung von bürgerlichen Engagement mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe</p> <p>Solidarität</p>	<p>Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau der Sozialsysteme</p> <ul style="list-style-type: none"> • Solidaritäts-Modelle, Tauschringe • Honorierung durch Anreizsystem • Ständige Info über vorhandene Netze • Unfall- und Haftpflichtversicherung • Angebote über Fort- und Weiterbildung 	<p>Anforderung an den Gesetzgeber</p> <p>Die Stadt unterstützt Anbieter und Interessenden bei Bedarf. Die Funktion von Anlaufstellen kann in die Entwicklung der Aktivitätszentren vor Ort einbezogen werden.</p>	Öffentlichkeitsarbeit	Unterstützung durch zentrale/dezentrale Anlaufstellen	X	X	X	X
<p>Lebensqualität im Stadtteil</p> <p>Kommunikations- und Versorgungsangebote im Stadtteil durch Kommunen/andere Träger</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsanalyse zur Versorgungsstruktur im Stadtteil unter Bürgerbeteiligung • Beratung für die Alltagsbewältigung bis hin zur Suizidprävention und Information über Hilfs- und Freizeitangebote (Nachbarschaftshilfe/ Sozialarbeit in Sozialstationen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Case und Care) in den Versorgungszentren • Wochenmarkt in jedem Stadtteil (Förderung der Kommunikation) • Projekte zur Begegnung, z B. Jung und Alt • Einsatz neuer Technologien zur Information im häuslichen Umfeld • Information über/Organisation von Bringdiensten 	<p>Eine Stadtteilbestandsaufnahme wird erstellt.</p> <p>Die Konzepte von Begegnungsstätten und Aktivitätszentren werden entsprechend gestaltet.</p> <p>Zum Einsatz neuer Technologien wird ein Kooperationsprojekt mit der TU angestrebt.</p> <p>Die Ansiedlung von Wochenmärkten ist im Einzelfall zu prüfen und ggf. zu fördern.</p>	Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung durch Bezirksrat • Haushaltsmittel einplanen 	Sponsoren	X	X	X
<p>Dienstleistungsangebote</p> <p><i>Sinnfindung/Teilhabe</i></p> <p>Senioren für Senioren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Koordinierung der Angebote, z. B. Anti-Rost, Großelternbörse 	<p>Die Aufgaben werden von freien Trägern und dem Seniorenbüro wahrgenommen.</p>		Öffentlichkeitsarbeit	X	X	X	X

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

AG 3 Wohnen Ziele:	Maßnahmen:	Stellungnahme der Verwaltung	Politik u. Gesell- schaft	komm.- Ebene	l	m	k
Leitziel: Begegnung/Teilhabe In der gesamten Stadt und ihren Stadtteilen gibt es ein vielfältiges Angebot, das gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe ermöglicht. In der Nachbarschaft besteht Gelegenheit zum Treffen, Austausch und zur Gemeinschaft.							
Anpassen der Angebote an die Bedürfnisse von Begegnung und Teilhabe (der Senioren) in den Stadtteilen	Bedarfs- und Angebotserhebung zu Freizeit, Begegnung, Sport und Kultur in den einzelnen Stadtteilen unter Einbeziehung der Bürger	<i>Eine Stadtteilbestandsaufnahme wird erstellt.</i> <i>Das Konzept der Begegnungsstätten wird überarbeitet.</i>		X			X
Jeder Stadtteil hält eine gut erreichbare (Standort in der Nähe einer Haltestelle) Begegnungsstätte bzw. ein Bürgerhaus mit einer Angebotsvielfalt Freizeit/ Sport/Kultur/ Begegnung vor.	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse der Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen • Standards zu Begegnungsstätten (siehe AG 1 – Offene Altenhilfe) • Erschließen neuer Begegnungsmöglichkeiten (siehe nächster Punkt) 			X		X	
Kreative Nutzung vorhandener Möglichkeiten zur Begegnung/Teilhabe (räumlich/inhaltlich)	Erschließen von vorhandenen Ressourcen in den Stadtteilen, wie z. B. Kleingartenvereine, Sportvereine, Kirchengemeinden, Kneipen, Mehrgenerationentreff, öffentliche Gebäude			X		X	
Zusammenarbeit der Akteure im Stadtteil zur Förderung der Möglichkeiten zur Begegnung/Teilhabe	Initiiieren von Stadtteilkonferenzen mit Bürgern, Vereinen, Gruppen, Politik, Verwaltung...	<i>Das Anliegen, Netzwerke in den Stadtteilen zu bilden, wird unterstützt, im Kontext mit Aktivitätszentren in den Stadtteilen.</i>		X		X	
Kommunikation in der Stadt und den Stadtteilen	<ul style="list-style-type: none"> • Initiierung und Unterstützung themenbezogene Gruppen in den Stadtteilen (z. B. Kochgruppe, Geschichte, ..) fördern • Programme für „aktive Nachbarschaft“, bspw. Mietertreff, Straßenfest, ehrenamtliches Engagement, „Tauschbörse“ • Die Gestaltung des öffentlichen Raumes zur Förderung von Begegnung, Bewegung und Kommunikation im Freien • Orte der Begegnung in APH und Wohnanlagen 	<i>Gruppenarbeit und Veranstaltungen sollen im Rahmen der Stadtteilarbeit unterstützt werden.</i> <i>Die Anregungen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes sollen im Rahmen der Stadtteilentwicklung aufgegriffen werden.</i> <i>Anregungen zur Begegnung in Einrichtungen werden an die Träger weitergeleitet</i>		X		X	X

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

<p align="center">Leitziel: Unterstützung</p> <p align="center">Wir unterstützen ältere Menschen, ihr Leben selbst zu organisieren und Hilfen im privaten und professionellen Umfeld zu finden.</p> <p align="center">Die individuelle Beratung und Betreuung steht im Vordergrund.</p>						
Vermittlung von Information und Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichkeitsarbeit zu Angeboten und Hilfen, wie z. B. Beratung über Wohn(umfeld)-maßnahmen • Verteilung Seniorenwegweiser an alle Haushalte ab 65 Jahren einmal im Jahr • Beratungszentrum für Dienstleistungen 	<p><i>Öffentlichkeitsarbeit wird von der Stadt und den Anbietern betrieben, auf bestehende Angebote wird verwiesen. Die flächendeckende Verteilung des Wegweisers wird nicht für sinnvoll erachtet und ist nicht finanzierbar. Beratungen über Dienstleistungen sollen eher dezentral ausgebaut werden.</i></p>	X	X	X	X
Gegenseitige Hilfe (Bürger für Bürger)	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichten von „Börsen“ für nachbarschaftliche Hilfe z.B. in Begegnungsstätten/Bürgerhäusern • Förderung von kommunikativer Esskultur, z. B. Einrichten von Küchen in Begegnungsstätten, die von Senioren genutzt werden, um eine Essensversorgung im Stadtteil anzubieten (stationärer Mittagstisch) • Leih-Oma-Service, Besuchsdienst 	<p><i>Die Ansätze von Bürgern werden unterstützt. Über Öffentlichkeitsarbeit soll die Motivation gestärkt werden. Das Konzept von Begegnungsstätten kann bei Bedarf dahingehend gestaltet werden</i></p>		X	X	
<p align="center">Leitziel: Mobilität</p> <p align="center">Wir bieten in jedem Stadtteil eine gut ausgebaute Infrastruktur. Alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens sind gut erreichbar und barrierefrei.</p>						
In jedem Stadtteil ist eine (fußläufig erreichbare) Grundversorgung (Lebensmittel, Bäcker, Schlachter, Ärzte, Apotheke, Friseur) gewährleistet.	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse der Versorgungsstrukturen in den Stadtteilen und Initiierung konkreter Maßnahmen • Unterstützung bei der Ansiedelung von Geschäften in schlecht versorgten Bereichen (z. B. Stadtrand) • Organisation von Bringdiensten 	<p><i>Eine Stadtteilanalyse wird erstellt. Das Anliegen eine bessere Versorgung in den Stadtteilen zu ermöglichen wird geteilt. Derzeit wird das Thema auf der Grundlage des Nahversorgungsgutachtens bearbeitet. Bringdienste müssen bei Bedarf von den Anbietern eingerichtet werden.</i></p>	X	X	X	
Rollstuhlfahrer kommen überall hin	<ul style="list-style-type: none"> • Rollstuhl mobil und Hebedienst für Rollstuhlfahrer ohne Transportdienste (z. B. Heruntertragen eines Rollstuhlfahrers im Treppenhaus) 	<p><i>Das verfolgte Ziel ist, eher barrierefreies Wohnen anzubieten, um von Hilfen unabhängiger zu bleiben.</i></p>				
Mobilität in den Abendstunden erhalten	<ul style="list-style-type: none"> • Fahrdienst organisieren (ÖPNV, Taxi, ehrenamtlich) • Gut einsehbare und ausgeleuchtete Wege in den Wohnquartieren und örtliche Orientierungshilfen 	<p><i>Auf das Angebot des Frauen- und Senioren-Nacht-Taxis wird verwiesen, ein ehrenamtlicher Fahrdienst eher für problematisch gehalten. Die Anregungen bezüglich der Wohnquartiere sollen in der Stadtentwicklung gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen weiter verfolgt werden.</i></p>		X		X

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

Leitziel: Sicherheit						
Wir setzen uns für Sicherheit innerhalb und außerhalb der Wohnstätten ein, damit sich ältere Menschen in der Stadt Braunschweig wohl und zu Hause fühlen.						
Sicherheit in der Wohnung und dem Wohnumfeld ist vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Idee „aufmerksamer Nachbar“ zum nachbarschaftlichen Engagement • Nächtliche „Wanderer“ (keine Bürgerwehr!!!), ehrenamtlich koordinierte Ansprechpartner auf der Straße • Verbesserung der Sicherheit am Objekt außen (Beleuchtung, Schließanlage, Concierge, Briefkasten außen, Gegensprechanlage) • Verbesserung der Sicherheit in der Wohnung (Hausnotruf, techn. Hilfsmittel, Türspion, Sicherheitsverriegelung, sicheres Erdgeschoss etc.) 	<i>Das Thema Sicherheit soll regelmäßig in Zusammenarbeit mit der Kripo aufgegriffen werden. Anregungen zur Sicherheit in den Wohnungen und im Wohnumfeld werden an die Wohnungsunternehmen weitergeleitet.</i>				
Leitziel: Wahlfreiheit						
Braunschweig bietet eine bunte Vielfalt an Wohnformen in unterschiedlicher Wohnlage und unterschiedlicher Größe. Wir unterstützen im besonderen Maße innovative und selbst organisierte Wohnformen.						
stadtteilübergreifende Informationen und Angebote	<ul style="list-style-type: none"> • Information zu den Stadtteilen in den Braunschweiger Zeitungen • Zentrale Informationen (Seniorenwegweiser) 	<i>Die Anregung wird weitergeleitet. Der Seniorenwegweiser wird weitergeführt</i>				
Bedarfsorientierte unterschiedliche Wohnformen	<ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsorientierte (stadtteilorientierte) Wohnformen in überschaubarer Größe • Bedarfsanalyse für interkulturelle Wohnformen und Wohnen für Wohnungslose • Definition von Standards für unterschiedliche Wohnformen (wie Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser...) 	<i>Das Ziel wird mitgetragen. Für die einzelnen Stadtteile ist der jeweilige Bedarf zu ermitteln. Die Anliegen sollen zur weiteren Klärung mit den Wohnungsbaugesellschaften erörtert werden, ggf. unter Einbeziehung weiterer Experten für die angesprochenen Wohnformen. Hier könnten auch die gewünschten Definitionen abgesprochen werden.</i>				

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

Leitziel: Gemeinschaft						
Wir berücksichtigen bei Planungsaufgaben die Vorstellung gemeinschaftlichen Wohnens. Das heißt: Miteinander zu leben, füreinander Verantwortung zu übernehmen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen, und dabei die eigene Individualität zu wahren.						
Unterstützung von Interessenten für gemeinschaftlichen Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> • Forum für Gemeinschaftliche Wohnformen in Braunschweig 	<i>Die Anregung soll mittelfristig gemeinsam mit weiteren Interessierten aufgegriffen werden. Ein Ansprechpartner in der Verwaltung wird installiert.</i>				
Leitziel: Selbständigkeit						
Wohnungen und Wohnumfeld sind so gestaltet, dass sie dazu beitragen, sich ohne fremde Hilfe bewegen zu können.						
Barrierefreiheit	<ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung von Wohnumfeldmaßnahmen mit allen Beteiligten (öffentl./private Träger, Bewohner) • Absenkung von Stufen, Vermeidung von Treppenbauten, Ausstattung der Ampeln mit akustischen Signalen, barrierefreier Zustieg für Busse, überdachte Abstellflächen für Rollatoren/ Rollstühle, ausreichende Beleuchtung im Wohnumfeld 	<i>Das Ziel, so weit wie möglich barrierefrei wohnen und sich bewegen zu können, wird mitgetragen und in konkreten Einzelfällen unterstützt.</i>				

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

AG 4 Pflege Ziele:	Maßnahmen:	Stellungnahme der Verwaltung	Politik u. Gesell- schaft	komm.- Ebene	l	m	k
Die Wahrnehmung des Altersbildes in der Öffentlichkeit positiv beeinflussen.	Frühzeitige Aufklärung und Information über das Leben im Alter zur Stärkung der Eigenverantwortung Jährlich durchzuführende Imagekampagnen zum Thema „Alter“ im gesamten Stadtgebiet <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligte gewinnen, z. B. Presse, Aktionen, Beratung in Betrieben • Sponsoren werben • Konzept erarbeiten (kurzfristig) • Themen festlegen • Präsentation erarbeiten • Zuständigkeiten festlegen 	Das Anliegen wird unterstützt. Das Sb koordiniert, gewinnt weitere Beteiligte und erschließt vorhandene Ressourcen.	X	X	X	X	X
Verbesserung der Situation der Pflegekräfte im ambulanten u. stationären Bereich	Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen anstreben: <ul style="list-style-type: none"> • Fachkraftquote erhalten und/oder erhöhen • Abbau Verwaltungsaufwand Bildung einer Arbeitsgruppe im Rahmen Pflegekonferenz, Erarbeitung einer Eingabe, Alternativen entwickeln Entlastungsangebote/präventive Maßnahmen Fragebogen für amb. und stat. Pflege entwickeln: Welche sozialen und fachlichen Kompetenzen sind für Berufsfeld erforderlich?	Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind begrenzt. Die Themen sollen gemäß dem Vorschlag der AG in die Pflegekonferenz eingebracht werden. Von hier aus kann die gewünschte Information der Politik erfolgen.	X	Vorhandene Gremien nutzen	X	X	X
Das Berufsfeld Altenpflege in BS attraktiv und zukunftsfähig gestalten	gemeinsam abgestimmte Curricula <ul style="list-style-type: none"> • Einbezug der vorhandenen Arbeitskreise Veranstaltungen/Foren mit Vorstellung und Erörterung von Konzepten Hospitation/fachl. Austausch auf allen Ebenen ermöglichen Öffentlichkeitsarbeit als Entscheidungshilfe für Berufswahl entwickeln Schaffung des Zweiges Fortbildung „Altenpflege“ in Braunschweig <ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung und Nutzung vorhandener Ressourcen; 	Der Sachstand soll im Arbeitskreis der Ausbildungsstätten geklärt werden. Zur Fortbildung ist eine Übersicht über Angebote und Bedarfe zu erstellen. Weitere Schritte sind zu prüfen (Sb.)		X	X	X	X

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

	<ul style="list-style-type: none"> • Erfassung des Bestandes, • Zentrale Übersicht der Angebote (Papierform, Katalog, Broschüre oder Liste), • Darstellung im Internet mit Zusatzangebot (z. B. frei Plätze vermitteln), • Zentrale Sammelstelle für Fortbildungswünsche einrichten, gemeinsame Organisation von Fortbildungsveranstaltungen anregen und ermöglichen 						
<p>Kooperation fördern und das gleichberechtigte Miteinander von Selbsthilfe, Angehörigenarbeit sowie mit und von Leistungsanbietern verbessern und (Pflege)Übergänge sichern</p>	<p>Optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen trotz Konkurrenzsituation</p> <p>Übergänge zwischen Versorgungssystemen wie z. B. Krankenhaus in die Häuslichkeit oder ins Heim abstimmen und verbessern, Lücken in den Versorgungssystemen schließen</p> <p>Weiterentwicklung des Pflegeüberleitungsbogens zu einem Pflegeüberleitungssystem (mehr Transparenz bei Krankenhausentlassung)</p> <p>Verbesserung der Kooperation zwischen medizinischen/ärztlichen Hilfen und den Diensten der Altenhilfe sowie anderer Sozial- und Gesundheitsanbieter</p> <p>Bündelung und Koordinierung vorhandener Beratungsangebote und Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung</p> <p>Weiterentwicklung der Pflegekonferenz</p> <p>Weiterführung der örtlichen Gremien der Pflegekonferenz, der Heimleiter und des Sozialpsychiatrischen Verbundes, Vernetzung dieser Gremien, z. B. zum Gesundheitswesen (Schmerztherapie) oder Wohnungswirtschaft (Wohnraumanpassung)</p> <p>Modellentwicklung/Modellversuch: z. B. dreimonatige Kurzzeitpflege für Menschen in Krisensituationen mit Unterstützung durch ein Case-Management</p>	<p>Die Vorstellungen sollen in der Pflegekonferenz konkretisiert werden.</p>		X	X	X	X
<p>Einrichtung einer Clearingstelle für Pflegebedarfsplanung (Optimierung der Angebotsstruktur)</p>	<p>trägerneutralen Ansprechpartner gewinnen</p> <p>Instrumente zur Ausgabenentwicklung in der Pflege und Steuerung der Ressourcen einführen</p>	<p>Die Stadt stellt im Rahmen ihrer Altenhilfeplanung aktuelle Daten zum Bestand und zur Bevölkerungsentwicklung zur Verfügung. Anfragen werden verwaltungsintern gebündelt.</p>		X	X	X	X

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

<p>Flexible Finanzierungsmodelle entwickeln, die den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen entsprechen</p>	<p>Zusammenwirken der Kostenträger herbeiführen</p> <p>Flexibilisierung und Durchlässigkeit der bisherigen Finanzierungen (z. B. für Modellversuche), Flexibilisierung der Kostenträger</p> <p>Angebote müssen gleichberechtigt auf Finanzressourcen zurückgreifen können und akzeptiert werden von allen Beteiligten</p> <p>nicht die Angebotsform steuert die Finanzierung der Hilfen, sondern der individuelle Bedarf</p> <p>Leistungskomplex „psychosoziale Betreuung“ bei Sozialhilfeträgern</p>	<p><i>Die Intentionen, Hilfen stärker an die individuellen Bedarfslagen anzupassen und Zugänge zu Leistungen zu vereinfachen, werden mitgetragen. Ein kommunales Handlungsfeld ist hier aber nicht zu erkennen, abgesehen von der Anregung, einen Leistungskomplex Psychosoziale Betreuung einzurichten. Dies bedarf weiterer Prüfung.</i></p>	X	X	X	X	X
<p>Bewusstsein für die Lebensbedingungen von hochaltrigen Menschen schärfen</p>	<p>Erfassung spezieller Bedarfe (z. B. Demenz, Diabetes, Schlaganfall) und ihre Auswirkung auf die Angebotsstruktur</p> <p>Ausrichtung der vorhanden Angebote auf die Gruppe der Hochaltrigen</p>	<p><i>Mit Hochaltrigkeit ist eine Vielzahl von spezifischen Bedarfen verbunden. Die Herausforderungen werden zunehmen. Eine umfassende Darstellung der Bedarfe ist nicht möglich. Das Thema ist in allen Bereichen der Altenhilfeplanung zu berücksichtigen.</i></p>	X	X	X	X	X
<p>Entbürokratisierung der Pflege in BS</p>	<p>Orientierung der Beratungs- und Prüfungseinrichtungen an Ergebnisqualität, weniger an Struktur- und Prozessqualität</p> <p>Initiierung eines runden Tisches „Entbürokratisierung in der Pflege“ durch die Pflegekonferenz</p> <p><u>Aufgabe:</u> Bürokratische Hemmnisse in der Pflege abzubauen</p> <p><u>Ziel:</u> Kommunale Verständigung der Beteiligten auf ein Mindestmaß an Bürokratie und Verwaltung, z. B. gemeinsame Prüfung MDK und Heimaufsicht, Einstufungen mit eingeschickter Dokumentation</p>	<p><i>Dem Vorschlag, die Anliegen zu Themen der Pflegekonferenz zu machen, soll gefolgt werden.</i></p>		X			X
<p>Transparenz der Aussagen und Übernahme von Verantwortung der Politik und Verwaltung für die Altenhilfeplanung</p>	<p>Erstellung eines jährlichen Altenhilfeberichtes, z. B. über umgesetzte Maßnahmen, weitere Planungen (verständlich und zugänglich für die Bürger)</p> <p>Dazu jährlich öffentliche Sitzung des Seniorenrates/ anderer Interessenvertretungen von Senioren unter Beteiligung des Sozialausschusses und des Sozialdezernats</p>	<p><i>Die Vorschläge werden aufgegriffen, reichen aber nicht aus, um die im Leitbild angesprochene Transparenz für Nutzer zu schaffen.</i></p>		X		X	

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

<p>Qualität durch Angebotsvielfalt und Quartiersorientierung sichern</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung spezifischer Konzepte, z. B. Dementenbetreuung • Einrichtung eines „Gute-Nacht“-Pflegedienstes/ „Nachtbegleitung“ • Aufbau eines pflegerischen Krisendienstes zu den sog. ungünstigen Zeiten (nachts, Wochenende, Feiertage) ähnlich Ärztenotdienst • Aufbau von Wohngruppen unterschiedlicher Art, z. B. Demenz, Pflege (Kranken) und andere spezielle Krankheitsbilder • Aufbau (geronto-) psychiatrischer Pflegedienste • Aufbau sozialtherapeutischer Angebote • Aufbau rehabilitativer Angebote (geriatrisch und gerontopsychiatrisch). • Auf und Ausbau unterstützender Maßnahmen für Sterbende im stationären und ambulanten Bereich. • Aufbau und Absicherung quartiersnaher Unterstützungsangebote bei den Nachbarschaftshilfen (niederschwellige Betreuungsangebote) • Auf- und Ausbau quartiersorientierter Beratungsangebote sowie spezifischer Beratungshilfen (für die Gesamtstadt), z. B. Hospiz/Palliativversorgung, Gerontopsychiatrie 	<p><i>Konzepte müssen unter Einbeziehung neuer Erkenntnisse und bezogen auf Braunschweig von den Anbietern weiterentwickelt werden.</i> <i>Die Notwendigkeit der aufgeführten einzelnen Angebote und der Umfang des Bedarfs müssen geprüft werden. Bei Bedarf müssen Konzepte entwickelt und Träger gewonnen werden.</i></p>					
<p>(In)direkte Pflegebereitschaft Angehöriger stärken und Bürgerschaftliches Engagement in der Pflege fördern</p>	<p>Einbezug von Angehörigenkompetenzen im ambulanten und stationären Bereich</p> <p>Sicherung und Ausbau bestehender Strukturen für</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beratung - Öffentlichkeitsarbeit - Kurse - Information - Gesprächsgruppen <p>Nutzung von ehrenamtlicher Potentiale in den Diensten der Altenhilfe</p> <p>Einbezug/Anleitung von Angehörigen in der Pflege</p> <p>Anlaufstelle(n) für bürgerschaftliches Engagement</p>	<p><i>Über die Sicherung und den Ausbau bestehender Strukturen ist im Bedarfsfall zu entscheiden.</i> <i>Die Motivation Angehörigenkompetenz und ehrenamtliche Potentiale zu nutzen muss gestärkt werden.</i> <i>Die angesprochenen Anlaufstellen sind mehrfach vorhanden.</i></p>					

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

Stärkung der Verbraucherrolle des Pflegedürftigen und des pflegenden Angehörigen	Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle und/oder die Einführung einer Ombudsfunktion für die Pflege in BS	Über stärkere Öffentlichkeitsarbeit soll zur Nutzung des Pflegenotrufs motiviert werden. Eine neutrale Beratungsstelle (kein Träger oder Kostenträger, ev. SoVD) soll gesucht werden. Es wird geprüft, oft der Seniorenrat verstärkt Ombudsfunktionen übernehmen kann.					
Interessierte und Nutzer (Kunden) können einfach, schnell und verständlich Informationen und Beratung über die Möglichkeiten und Kooperationsinhalte der Altenhilfe erhalten und hierauf basierend Dienste bewerten und ggf. in Anspruch nehmen	Aufbau eines Beratungsnetzwerkes Erarbeitung eines einheitlichen Beratungsstandards Regelmäßige Aktualisierung des Seniorenwegweisers Aufbau und Pflege eines Internetportals „Rund ums Alter“ Erstellung spezifischer Beratungsführer, z. B. zur Heimplatzsuche, Gerontopsychiatrie, Bürgerschaftliches Engagement in der Altenhilfe, Hospiz, Rehabilitationen, Wohnraumanpassung etc.	Der Seniorenwegweiser wird künftig jährlich neu aufgelegt. Über die Internet-Seite des Seniorenbüros wird ein erstes Portal angeboten. Weitere spezifische Beratungsführer müssen durch die Anbieter erstellt werden					

Anmerkungen:

Folgende Anmerkungen waren noch im **Themenspeicher**:

- Pflege umfasst immer stationär, teilstationär und ambulant.
- Alle Ziele stehen gleichberechtigt nebeneinander.
- Bei Ziel Nr. 2 soll die AG 5 - Migranten einbezogen werden.
- Grundsätzlich sollen bereits vorhandene Gremien genutzt werden.

Das folgende Ziel wurde **aus der Matrix herausgenommen** - Konflikt bzw. unterschiedliche Sichtweisen in der AG konnten nicht gelöst bzw. zusammengeführt werden:

<u>Ziel:</u> Bewusste Zeitwahrnehmung in der Pflege	<u>Maßnahme:</u> Veränderung des Zeitbewusstseins herbeiführen. Projekt mit FH initiieren: differenzierte Ermittlung, wo de facto ein Zeitproblem besteht und Maßnahmen zur Lösung entwickeln/Optimierung von Arbeitsabläufen Zeitmanagement. Fortbildung, z. B. „Entschleunigung“ Hospitationen
--	---

Stellungnahme der Verwaltung: Der Zeitfaktor ist von allen Teilnehmenden der AG als ein Problem erkannt worden. Zu gemeinsam getragenen Maßnahmen ist es in der Arbeitsgruppe nicht gekommen. Soweit nicht einzelne Träger von sich aus die Thematik aufgreifen, sollte das Thema in der Pflegekonferenz erörtert werden.

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

AG 5 Migranten Ziele:	Maßnahmen:	Stellungnahme der Verwaltung	Politik u. Gesellschaft	komm. Ebene	l	m	k
Herausforderungen annehmen und bewältigen							
1. Die Entwicklung interkultureller Kompetenzen für MitarbeiterInnen in allen öffentlichen Institutionen	Fortbildung für MitarbeiterInnen aller öffentlichen Institutionen zur Sensibilisierung migrationsspezifischer Themen	Die Stadt entwickelt Informations- und Fortbildungsangebote, die für alle zugänglich sind.		x		x	
2. Eine gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe von MigrantInnen an seniorenrelevanten Themen ermöglichen	Paritätische Besetzung von Menschen mit Migrationshintergrund in allen öffentliche Gremien und Institutionen	Eine stärkere Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund wird unterstützt. Eine formelle Regelung (Quote) wird nicht angestrebt.	x	x	x	x	
	Vorgaben und Gesetze schaffen, die besagen, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine Anstellung in Pflegeeinrichtungen erhalten müssen.	Das Anliegen ist kommunal nicht umzusetzen.	x		x	x	
Bildung und Unterstützung von Netzwerken							
1. Die Interkulturelle Seniorenarbeit wird durch die Unterstützung von Netzwerken ausgebaut	Errichtung einer zentralen Senioren-Migrations-Beratungsstelle. Im Vorfeld sind Analysen notwendig, um über die konzeptionelle Aufgabenstellung, den Ort der Beratungsstelle sowie die dort angesprochenen Nationalitäten detaillierte Informationen zu bekommen	Eine Analyse über die Machbarkeit soll gemeinsam mit den Migrationsdiensten erstellt werden.		Mit Mitarbeitern aus der Altenhilfe und den bereits bestehenden Migrationsdiensten			x
2. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu migrationsspezifischen Themen wird vorangetrieben	<ul style="list-style-type: none"> Fachtagung „Kultursensible Altenhilfe“ 	Die Themen sollen gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den Migrationsdiensten aufgegriffen werden.		Seniorenbüro, Migrationsdienste, Wohlfahrtsverbände			x
	<ul style="list-style-type: none"> Stand am Tag der Senioren 			Seniorenbüro, Migrationsdienste			x

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

	<ul style="list-style-type: none"> Nutzung ausländischer Medien und des Internets 			alle Beteiligten der Altenhilfe und der Migrationsdienste			X	X
Beratung, Bildung und Hilfe zur Selbsthilfe								
1. MigrantInnen werden über Angebots- und Versorgungsstrukturen informiert, durch eine zugehende Arbeitsweise werden Barrieren abgebaut.	Errichtung einer zentralen Senioren-Migrations-Beratungsstelle	<i>siehe oben Beratungsstelle</i>		MitarbeiterInnen der Altenhilfe und der Migrationsdienste				X
2. Selbsthilfepotentiale und Ressourcen einzelner und Selbsthilfeorganisationen werden gefördert.	<ul style="list-style-type: none"> Gründungen, Erhalt und Vernetzung stadtteilbezogener bzw. ethnischer Angebote = Bedarfsanalyse 	Analyse über Bestand und Bedarf muss erstellt werden, Einbeziehung von KIBIS.		X			X	
	<ul style="list-style-type: none"> Es wird eine gezielte lebenslange Sprachförderung angeboten 	Deutsch-Sprachkurse werden angeboten zu Bedingungen, die auch Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund und geringen finanziellen Mitteln eine Teilnahme erlauben (Einbeziehung Migrationsdienste).		Kooperation mit Bildungsträgern			X	
	<ul style="list-style-type: none"> Ehrenamtliche Deutsche übernehmen Patenschaften für MigrantInnen 	Das Anliegen wird unterstützt, Einbeziehung der Hobby- und-Wissens-Börse, Freiwilligendienst.		Seniorenbüro, Freiwilligendienste			X	
3. Die Zugangswege zu bestehenden Seniorenbegegnungsstätten werden erleichtert.	Bestehende Seniorenbegegnungsstätten neu konzipieren bzw. um den interkulturellen Gedanken erweitern = Bedarfsanalyse	Der Bedarf muss ermittelt werden. Die Ergebnisse fließen in die Entwicklung von stadtteilbezogenen Begegnungsstätten ein.		X			X	X
4. Es werden neue Formen der Begegnung für ältere Menschen entwickelt.	„Der andere Bauernhof“ angelehnt an die Idee der „Interkulturellen Gärten“ als neue Begegnungsform für MigrantInnen	Ein Konzept „Der andere Bauernhof“ ist zu erstellen.		X			X	

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

5. Dem besonderen Bedarf von älteren Migrantinnen wird Rechnung getragen.	Spezielle Angebote für ältere Frauen mit Migrationshintergrund im Bereich Freizeit, Bildung, Begegnung, Gesundheit und Beratung	<i>Bei der Entwicklung und Umsetzung aller Maßnahmen der Selbsthilfe ist insbesondere auf die Berücksichtigung der älteren Migrantinnen zu achten.</i>		X			X	X
6. Die besondere Situation von älteren psychisch behinderten MigrantInnen wird in die Altenhilfeplanung mit einbezogen.	Kooperationen mit den zuständigen Diensten, die muttersprachliche Angebote bieten können	<i>Das Thema wird an den Sozialpsychiatrischen Verbund herangetragen.</i>		X Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen etc.				X
Vorbereitung auf das Alter in der Migration								
MigrantInnen werden über Angebote der Altenhilfe vor Eintritt in die 3. Lebensphase informiert.	<ul style="list-style-type: none"> • muttersprachliche Informationen zum Thema Alter (z. B. Seniorenwegweiser übersetzen) • muttersprachliche ärztliche Versorgung • muttersprachliche Betreuung zur Unterstützung familiärer Betreuung 	<i>Muttersprachliche Informationen über für MigrantInnen wichtige Themen müssen gesammelt und erstellt werden. Muttersprachliche ärztliche Versorgung dient nur wenig der Vorbereitung auf das Alter. Vorhandene Angebote müssen genutzt werden (Büro für Migrationsfragen, Migrationsdienste).</i>		Büro für Migrationsfragen, Seniorenbüro, Migrationsdienste der Wohlfahrtsverbände			X	X
Wohnformen für MigrantInnen								
Für MigrantInnen werden bedarfsgerechte Wohnformen angeboten.	Kleinräumige Wohnprojekte, betreute Wohngruppen und das Betreute Wohnen werden auf die Bedürfnisse von MigrantInnen angepasst = Bedarfsanalyse.	<i>Eine (stadtteilbezogene) Analyse des Bedarfs ist zu erstellen- Die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft und den Wohlfahrtsverbänden wird angestrebt.</i>		Kooperation mit Wohngesellschaften und Wohlfahrtsverbänden			X	
Kultursensible Pflege und Betreuung								
1. MitarbeiterInnen in Altenpflegeeinrichtungen erhalten interkulturelle Kompetenzen.	Durch Fortbildungen werden MitarbeiterInnen von Altenpflegeeinrichtungen befähigt interkulturelle Werte in ihrem Pflegealltag umzusetzen.	<i>Siehe auch entsprechenden Hinweis der AG Pflege. Gemeinsam mit dem Arbeitskreis der Ausbildungsstätten wird der Bedarf und ein mögliches Angebot geklärt. Das Angebot muss auch die ambulanten Dienste einbeziehen. wie oben</i>		Träger von Altenpflegeeinrichtungen			X	X
2. Kultursensible Inhalte sind Pflichtbestandteile in Ausbildungen der Gesundheits- und Altenpflege:	Umsetzung der Ausbildungs-Curricula von Gesundheits- und Altenpflegeberufen			auf der politischen Ebene unterstützt d. kommunale Ebene und d. Kooperationen mit Fachhoch-, Altenpflege- und Krankenpflegeschoolen			X	X

Endergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahme der Verwaltung (Stand: März 2006)

3. Der Einsatz von ethnischen Fachpersonal wird unterstützt	<ul style="list-style-type: none"> • Der Einsatz von ethnischen Fachpersonal wird unterstützt Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der „ARGE“ 	Der Bedarf wird ermittelt (siehe auch folgenden Punkt). Ausbildungsstätten und Einstellungsträger müssen entsprechend motiviert werden. Der Bedarf muss Eingang in die Berufsberatung und die Beratung Arbeit Suchender finden.		In Altenpflege-schulen das Bewusstsein schärfen, dass zukünftig vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund in die Ausbildungen mit aufgenommen werden müssen.			
4. Der Bedarf an ambulanter und stationärer Versorgung von MigrantInnen sowie deren Bedürfnisse werden ermittelt.	Bedarfsanalyse	Eine Analyse des aktuellen Bedarfs und der zu erwartenden Entwicklung wird erstellt.		X		X	
5. Der Umgang mit dem Thema Tod und Sterben anderer Kulturen wird mit einbezogen.	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation mit Hospizen und Bestattungsunternehmen 	Das Thema soll von Vereinen, Migrationsdiensten und Verbänden gemeinsam mit Selbsthilfegruppen, dem Hospizverein und anderen weiter verfolgt werden.		X		X	X
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung von freiwilligen Trauerbegleitern mit interkulturellen Kompetenzen 			Hospiz-vereine	X		